

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



geht es Ihnen auch so: Eigentlich wäre es ja mit der Corona-Pandemie für eine Weile genug gewesen an negativen Erlebnissen. Doch nun folgt eine Horrornachricht aus aller Welt der nächsten, so dass man kaum mehr den Mut hat, die Tagesschau anzusehen. Ist die Welt aus den Fugen? Fast könnte man es meinen. Beängstigend sind nicht nur die Nachrichten selbst, sondern auch die Folgen für uns hier. Natürlich ist es schlimm, dass so viele Flüchtlinge ihr Zuhause verlassen – aus welchen Gründen auch immer – und bei uns in immer größerer Zahl ankommen. Dieser Zustrom muss reguliert werden, denn irgendwann ist sicher eine Grenze erreicht. Auf keinen Fall ist es aber der richtige Weg, nun Flüchtlingsunterkünfte oder die Menschen selbst anzugreifen.

Wer glaubt, dass er bei den Wahlen die AfD unterstützen müsse, um aller Probleme Herr zu werden, ist ganz sicher auf dem Holzweg. Auch diese Partei hat keine Allheilmittel zur Verfügung. Für die Probleme, die sie anspricht, bietet sie keine Lösungen. Wollen wir Menschen unser Vertrauen schenken, die außer lautem Geschrei nicht viel zu bieten haben? Da würde sehr schnell ein böses Erwachen folgen. Die AfD will die Zeit zurückdrehen und hat z. B. auch ein sehr überholtes Frauenbild. Unsere Freiheit würde umgehend sehr stark eingeschränkt werden, sollte diese Partei eine Mehrheit erhalten, das muss Jedem klar sein.

Dann soll es bald eine neue „linke“ Partei geben, die auf eine einzige Person zugeschnitten ist und ihren Namen trägt. Das verheißt schon nichts Gutes! Sie bezeichnet sich als „national“ und „sozial“. Schon diese Kombination muss zu denken geben. Auch Frau Wagenknecht verrät nicht, wie sie Migration, Klimawandel, Inflation usw. in den Griff bekommen will. Die Dinge beim Namen zu nennen, reicht eben nicht aus.

Auch der CDU-Vorsitzende Merz meint, dem „Mann auf der Straße“ eine Stimme geben zu müssen mit seiner falschen Behauptung, die deutsche Bevölkerung bekomme kaum mehr Zahnarzt-Termine. Als verantwortungsvoller Politiker müsste er hier dem Volksmund energisch widersprechen, anstatt Lügen weiterzuerbreiten und Wut zu schüren.

Unsere derzeitige Regierung ist die erste seit Gründung der Bundesrepublik, die aus drei unterschiedlichen Parteien besteht. Dass es da Reibungspunkte gibt, leuchtet jedem ein. Sie hat jedoch auch seit ihrem Regierungsantritt unzählige Krisen zu meistern gehabt, und leider geht vieles unter, was an Positivem geleistet wurde. Dies sollten wir uns ab und zu auch bewusst machen.

Vielleicht wäre es für manche Mitbürger/innen eine Option, sich in die Politik einzubringen, und sei es nur auf kommunaler Ebene. Das wäre immerhin besser, als nur Kritik zu üben.

Erwin Resch, SPD-Ortsvereinsvorsitzender



Der SPD-Ortsverein und die SPD-Gemeinderatsfraktion

wünschen allen Leserinnen und Lesern schöne und frohe Weihnachtstage

sowie ein gesundes und hoffentlich friedliches

neues Jahr 2024.



Von Bernhard Fischer

Schildertausch wäre sinnvoll



Jedes Mal, wenn ich von Sontheim über Bergenweiler zur Brenzer Siedlung in den Eschenweg fahre, frage ich mich, ob da jemand Schilder vertauscht hat. Kurz vor Bergenweiler, wo die scharfe Linkskurve kommt und es auch noch bergab geht, steht eine Tafel mit 70 km/h



Foto: Bernhard Fischer

Geschwindigkeitsbegrenzung. Für Fremde, die die Strecke nicht kennen, ist das eine böse Falle. Da wären eher 40 km/h angebracht. Auf der vor Jahren gut sanierten Ortsverbindungsstraße von Bergenweiler nach Brenz dagegen darf man nur 40 km/h fahren – was für ein Quatsch!



Foto: Bernhard Fischer

Die Straße ist nämlich bis zum Schützenhaus gerade, eben und übersichtlich. Für mich und bestimmt auch für andere Autofahrer ist das völlig unverständlich.



Bedauerlicher Abschied

Der evangelische Pfarrer Ulrich Erhardt aus Niederstotzingen war bis vor Kurzem geschäftsführender Pfarrer der Gesamtkirchengemeinde Sontheim-Niederstotzingen und oft auch in Sontheim, Brenz und Bergenweiler tätig. Dass der beliebte Theologe, der schon seit 40 Jahren SPD-Mitglied ist, nun im Oktober wegzog, bedauern wir natürlich sehr. Wir freuen uns aber darüber, dass er zum Dekan im Kirchenbezirk Waiblingen befördert wurde und wünschen ihm in diesem neuen Amt alles Gute.

SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz

Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft in der SPD



Beim Jahresfest des SPD-Ortsvereins am 18. November im Vereinsheim des FV Sontheim wurden Dorothee Mähler für 25 Jahre und Wilfred Mähler für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt. Wilfred Mähler war von 1985-1992 Ortsvereinsvorsitzender und danach noch viele Jahre Schriftführer.



Im Bild von links: Ortsvereinsvorsitzender Erwin Resch, Dorothee Mähler, Wilfred Mähler und der stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Richard Fussenecker.

Foto: G. Neumann



Andreas Stoch informierte über aktuelle politische Probleme



Am 1. Dezember kam der SPD-Landesvorsitzende Andreas Stoch wieder einmal zu einer öffentlichen Versammlung nach Sontheim in den Gasthof „Lamm“. Der Abgeordnete informierte in kompetenter Weise über die derzeitige politische Lage im Land und im Bund. In der anschließenden regen Diskussion gab es viele Fragen und Anregungen von den zahlreichen Besuchern.



Foto: D. Mähler

Gemeinderat und Verwaltung sind gefordert

Allein der Katalog an heranstehenden Hoch- und Tiefbaumaßnahmen lässt erahnen, wieviel Arbeit und Investitionen diese fordern werden. Was passiert in den nächsten Jahren in Sontheim?

Die nachfolgend aufgeführten („Neu“-) Baumaßnahmen zeigen einen Querschnitt und den investiven Umfang, der seinesgleichen in Gemeinden gleicher oder ähnlicher Größe sucht.

Sanierungsgebiet „Südliche Hauptstraße“

Beschlossen und von Jahr zu Jahr verschoben, wird es nun wohl ernst mit dieser Umsetzung. Insgesamt, so die Vorstellung der Verwaltung, wird diese Maßnahme rund 4,2 Mio. € kosten. Reduziert werden diese Ausgaben durch eine Kostenbeteiligung des Landkreises von 475.000 €, da es sich um eine Kreisstraße handelt. Der Netzbetreiber wird sich mit 119.000 € (hoffentlich) beteiligen, und aus dem Sanierungsprogramm kann mit rund 825.000 € gerechnet werden. Für die Gemeinde bleibt aber eine Investitionssumme von etwa 2,22 Mio. €.

Feuerwehrhaus

Mit allem guten Willen und einem großen Engagement aller Beteiligten wird wohl der Baubeginn im späten Frühjahr 2024 starten können. Neben der Änderung des Flächennutzungsplanes mussten Flächen für Ausgleichsmaßnahmen gefunden werden und rechtliche Vorgaben, einschließlich einer EU-Vergabe, geprüft und umgesetzt werden. Dinge, die Zeit, Nerven und Ressourcen in großem Umfang forderten. Die Gesamtinvestitionen dieses Projektes betragen rund 5,05 Mio. €. Mit einem Zuschuss von 55.000 € aus dem Programm „Zuwendung zur Förderung des Feuerwehrwesens“ und von 1,25 Mio. € aus dem Programm „Entwicklung ländlicher Raum“ darf gerechnet werden.

Bebauungsplan „Weiherbraike II“

In der Gemeinderatssitzung vom 28.11.2023 wurde die Erschließungsplanung für den 2. Teil des Baugebiets Weiherbraike vorgestellt. Auf einer Fläche von knapp 4 Hektar soll ein Neubaugebiet für Sontheim entstehen, das den Bedarf der nächsten Jahre an Bauplätzen decken soll. Insgesamt wird dabei mit rund 4,3 Mio. € an Kosten gerechnet. Durch den Verkauf der Plätze kommt es hier natürlich zu einer Refinanzierung. Ich hoffe sehr, dass diese Flächen den Bedarf für die nächsten Jahre in Sontheim decken werden.

Sanierung Kanalnetz und Regenüberlaufbecken

Bereits im Jahr 2022 hatte der Gemeinderat die Sanierung des Regenüberlaufbeckens am Krautgartenweg beschlossen. Kostenschätzung damals: 1,66 Mio. €. Nach derzeitigem Stand (10/2023) muss jetzt mit einem Finanzierungsaufwand von etwa 2,2 Mio. € gerechnet werden. Die Hoffnung der Verwaltung ist eine Förderung von 80 % durch das Regierungspräsidium Stuttgart. Der Antrag ist gestellt. Die Zusage steht noch aus. Im Kanalnetz der Gemeinde steht die Sanierung des Abwasserkanals in der Kanalgarbe an. Die Vergabesumme betrug 378.473 €.

Mögliches Kinderhaus in Brenz

Trotz aller Anstrengungen sind die Plätze zur Kinderbetreuung nicht ausreichend. Um dem Bedarf der nächsten Jahre gerecht zu werden, sind weitere Plätze und Orte

für die Kinderbetreuung gesucht. Das Grundschulareal in Brenz zeigt sich in vielerlei Hinsicht als geeignet. Jetzt bleibt zu entscheiden, in welcher Form der Platz genutzt werden könnte. Sanierung des alten Gebäudes oder Neubau? Diese Frage soll durch eine jetzt vorliegende Machbarkeitsstudie des Architekturbüros Maslowski beantwortet werden. Die Kostenschätzungen sind ernüchternd. Mit rund 3,3 Mio. € muss gerechnet werden. Ein Kostenfaktor, den es in den nächsten beiden Haushaltsjahren zu berücksichtigen gilt. Dies ist ein spannendes Thema, welches nicht auf die lange Bank geschoben werden kann. Die finale Entscheidung des Gemeinderates steht noch aus.

Sanierung Schloss Brenz

Ein Wasserschaden im Rittersaal brachte „alles“ ins Rollen. Bereits die ersten Maßnahmen zur Trockenlegung des Teilgebäudes „Rittersaal“ brachten zu Tage, dass es hier nicht nur um die Behebung eines Wasserschadens geht. Durch die in den letzten Jahrhunderten (fertiggestellt wurde der Gebäudeteil 1672) entstandenen Schäden an der Bausubstanz kam es zu Setzungen und statischen Problemen, die es nun in einem adäquaten und finanziell darstellbaren Zeitraum zu beheben gilt. Eine nun vorliegende (ungeprüfte) Kostenschätzung geht von einem Sanierungsaufwand in Höhe von rund 953.000 € aus. Unwägbarkeiten, wie sie bei einem Altbau möglich sein könnten, nicht ausgeschlossen.

Sanierung der Sporthalle

Die Hermann-Eberhardt-Halle ist dringend sanierungsbedürftig. Die Duschen und die Umkleieräume sind marode, und bei größerem oder langandauerndem Regen tropft das Wasser quasi von der Decke. Ein Sanierungskonzept liegt bislang noch nicht vor. Die Investitionssumme lässt sich damit nur erahnen!

Seniorenrechtliches Wohnen in unserer Gemeinde

Weitere Möglichkeiten des seniorenrechtlichen Wohnens sind in Sontheim wichtig. Der Bedarf und Wunsch ist groß, in der eigenen Gemeinde alt werden zu können. Derzeit gibt es hierfür bei uns keine weiteren Plätze. Seniorenrechtliches Wohnen ist ein Projekt, das nun von der SPD-Fraktion im Sontheimer Gemeinderat angestoßen wurde, um einen Träger und ein Grundstück dafür zu finden.

Um all diesen Anforderungen und Aufgaben in der Gemeinde gerecht werden zu können, ist der Gemeinderat bemüht und auch bereit, durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Stellen die erforderlichen Personalstrukturen im Rathaus zu schaffen.

Nun gilt es, diesen Weg besonnen und immer mit Blick auf die Haushaltslage anzugehen. Ein Streichen von Projekten und auch von Wünschenswertem ist dabei nicht ausgeschlossen.

Unsere Gesamtgemeinde kann 50. Geburtstag feiern



Am 1. Januar 1974 erfolgte die Eingemeindung von Brenz



Anfang der 1970er-Jahre sorgte die damalige baden-württembergische Landesregierung aus CDU und SPD mit einer geplanten großen Verwaltungsreform in vielen Städten und Gemeinden für Aufsehen und Diskussionen, denn vielen Kommunen drohte damit der Verlust ihrer Selbstständigkeit. Im unteren Brenztal war dabei für die bisher eigenständigen Gemeinden Sontheim, Brenz und Bergenweiler eine gemeinsame Gesamtgemeinde vorgesehen.

Die Reform sollte dafür sorgen, dass die kommunalen Verwaltungen effektiver arbeiten und dass vor allem kleinere Gemeinden mit ihrem Personal- und Finanzbedarf zukünftig weniger Probleme haben. Obwohl die Reform bei uns im Kreis Heidenheim teils heftig diskutiert und kritisiert wurde, kam es relativ rasch zu vielen Zusammenschlüssen bzw. Eingemeindungen, so dass am Ende nur noch 11 selbstständige Kommunen übrigblieben.

Rasche Zustimmung in Bergenweiler

In Bergenweiler war schnell klar, dass es für den kleinen Ort keine Chance für eine weitere Selbstständigkeit gab. Bei einer Bürgeranhörung am 13. 2. 1972 votierten 62,3% für den Anschluss nach Sontheim, und der Gemeinderat beschloss danach einstimmig die Eingemeindung, die bereits zum 1. März 1972 erfolgte.

beiden gemeinsam wöchentlich herausgegeben, die Haupt- und Realschule war gemeinsam und auch einige



Das Schulzentrum unserer Gemeinde. Foto: G. Neumann

Vereine. Eine sinnvolle Raumplanung, wie z.B. die Erschließung des Baugebietes Au war nur gemeinsam möglich.

Viele Brenzer wollten selbstständig bleiben

Trotz der vielen Gemeinsamkeiten und vieler Zusicherungen im Entwurf eines Eingemeindungsvertrags gab es in Brenz große Vorbehalte. Viele Brenzer standen wohl auch aufgrund der langen stolzen Geschichte ihrer



Der 2014 in Bergenweiler errichtete und bis heute vielbesuchte „Lernort an der Brenz“. Foto: C. Koller

Enge Verbundenheit zwischen Sontheim und Brenz

Das zuständige Innenministerium nannte einen Zusammenschluss von Sontheim und Brenz als Modellfall für eine Verwaltungsreform. Schließlich waren beide Gemeinden schon damals räumlich kaum getrennt und hatten viele Gemeinsamkeiten. So gab es z.B. schon immer eine gemeinsame Wasserversorgung und auch bereits Pläne für eine gemeinsame Kläranlage. Der Bahnhof namens Sontheim-Brenz galt beiden Gemeinden, ein Nachrichtenblatt wurde von



Die 800 Jahre alte spätromanische Brenzer Galluskirche gilt als bedeutendstes Baudenkmal unserer Gemeinde. Foto: G. Neumann



Im Innenhof oder im Rittersaal des Brenzer Schlosses finden die viel beachteten Schlosskonzerte statt. Foto: W. Mähler

Gemeinde einer Eingemeindung sehr skeptisch gegenüber. Die Ablehnung wurde vor allem von konservativen Kreisen und dem damaligen Bürgermeister Kröner bestärkt. Ein anonymes Flugblatt („Brenz bleibt Brenz“) wurde im Ort verteilt, das dazu aufrief, bei der Bürgeranhörung am 20.2.1972 gegen eine Eingemeindung nach Sontheim zu stimmen, denn es komme sonst zu „höheren Gebühren, Beiträgen und Abgaben“, und „selbst das Sterben wird teurer werden“, hieß es im Flugblatt. Die Abstimmung ergab dann bei einer hohen Wahlbeteiligung von 84% eine klare Mehrheit gegen einen Zusammenschluss mit Sontheim: 432 Brenzer (65,4%) stimmten mit Nein, und nur 221 waren dafür. Deshalb stimmte danach auch der Gemeinderat gegen eine Eingemeindung.

Später Meinungsumschwung in Brenz

Gut ein Jahr später kam es dann in Brenz zu einer Meinungsänderung. Bürgermeister und Gemeinderäte erkannten, dass es wohl keinerlei Chancen gab, die Selbstständigkeit zu behalten. Außerdem drohten die vom Land für eine Eingemeindung zugesagten Finanzmittel verloren zu gehen. Deshalb kamen nun die Brenzer auf Sontheim zu, und bei einer Bürgerversammlung im Juni 1973 und zwei gemeinsamen Gemeinderatssitzungen wurden die Bedingungen und Grundlagen für eine Eingemeindung besprochen und ein Vertrag ausgearbeitet. Ohne erneute Bürgeranhörung wurde dann von beiden Gemeinderatsgremien die Eingemeindung von Brenz beschlossen, die am 1. Januar 1974 erfolgte.

Wie sollte die neue Gemeinde heißen?

Diskussionen gab es auch über den Namen der neuen Einheitsgemeinde. Manche plädierten für einen ganz neuen Namen, andere für den Namen Brenz, weil der in der BRD einmalig war und weil **Brenz** als Muttergemeinde älter als die Tochter **Sontheim** (= Südheim) ist, während der Name Sontheim sehr häufig vorkommt und deshalb immer einen Zusatz benötigt. Der Sontheimer Bürgermeister Eberhardt war natürlich für den Namen Sontheim, zumal seine Gemeinde die deutlich größere war. Als jüngster Gemeinderat schlug ich den Doppelnamen **Sontheim-Brenz** vor (mit Bindestrich, wie z.B. Garmisch-Partenkirchen). So heißt ja auch unser Bahnhof und manche Vereine nennen sich ebenfalls so, wie z.B. der Fußballverein Sontheim-Brenz (FVS-B) oder der

SPD-Ortsverein. Die Mehrheit der Gemeinderäte entschied sich aber für den längeren und umständlicheren



Das neue Rathaus der Gesamtgemeinde wurde 1983 zwischen Sontheim und Brenz erstellt. Foto G. Neumann

Namen **Sontheim an der Brenz**, obwohl das damalige Sontheim gar nicht direkt an der Brenz lag.

Der Zusammenschluss war richtig

Im Nachhinein betrachtet war der damals bei vielen noch umstrittene Zusammenschluss der einst selbstständigen drei Gemeinden bestimmt sinnvoll. Kleine Gemeinden wie Bergenweiler und Brenz hätten heute sicher große Schwierigkeiten, mit qualifiziertem Personal die Aufgaben zu bewältigen, die an moderne Verwaltungen gestellt werden. Auch größere Bauvorhaben würden sie wohl finanziell überfordern.



Die Eröffnung der Osttangente im Jahr 2014 war ein weiterer Meilenstein für unsere Gesamtgemeinde. Foto: W. Mähler

All dies war den Mitgliedern des im März 1971 gegründeten SPD-Ortsvereins bewusst. Deshalb plädierten sie von Anfang an für einen Zusammenschluss, obwohl die Mehrheit der damaligen Mitglieder aus Brenz war. Inzwischen sind die Ortsteile Bergenweiler und Brenz gut in die Gesamtgemeinde integriert, und für die meisten jungen Leute ist dies völlig normal. Auch die allermeisten unserer älteren Bürgerinnen und Bürger haben eingesehen, dass die Entscheidung für eine Einheitsgemeinde richtig war, denn es gilt auch hier das Motto:

„Gemeinsam sind wir stärker!“

Aktive Beteiligung anstelle von passiver Kritik

Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst zunehmend. Insbesondere die Themen, über die in den Medien berichtet wird, wie z.B. die Asylpolitik, stoßen immer mehr auf Unverständnis, ja zum Teil sogar auf offene Anfeindung in vielen Teilen der Bevölkerung.

Das wird aber leider immer öfter durch undemokratisches Handeln artikuliert, statt den sachlichen Dialog zu suchen und sich mit dem Thema konstruktiv auseinander zu setzen. Dasselbe gilt für die Sozialpolitik und viele andere Bereiche der sogenannten großen Politik, welche „die da oben in Berlin“ machen.

Doch auch bei uns hört man immer wieder Stimmen in der Gemeinde, die mit Entscheidungen, die im Gemeinderat getroffen werden, nicht einverstanden sind und alles viel besser gewusst oder entschieden hätten, wenn sie nur gefragt worden wären.

Wichtiges demokratisches Grundrecht

Aus meiner Sicht ist es sowohl bei bundespolitischen Themen als auch bei kommunalen Themen wichtig, seine Meinung und seinen Standpunkt zu äußern. Davon lebt unsere Gesellschaft – das braucht sie, damit sie funktionieren kann.

Die freie Meinungsäußerung ist ein wertvolles Gut, welches uns durch unser Grundgesetz zugesichert wird, solange sie in vernünftiger Art und Weise erfolgt. Das war in Deutschland in der Geschichte nicht immer so. Darauf sollten wir uns immer besinnen, auch – und besonders dann, wenn andere Meinungen und Gedanken artikuliert werden, als die, welche man selber gerne hören möchte. Das als Chance zu begreifen ist gelebte Demokratie.

Gute Chance zur Mitwirkung

Im nächsten Jahr stehen wieder die Kommunalwahlen in Sontheim an, bei denen der Gemeinderat neu gewählt wird. Das ist eine gute Gelegenheit, sich aktiv einzubringen und zumindest die politischen Geschehnisse in unserer Gemeinde mitzugestalten. Jeder, der lieber gestalten als kritisieren möchte, ist herzlich eingeladen, sich auf die Liste der Kandidaten setzen zu lassen und mitzuwirken.

Aber auch wer kein Amt als Gemeinderat anstrebt, kann sich an den politischen Diskussionen in unserer Gemeinde beteiligen. Zu zahlreichen Veranstaltungen lädt der SPD-Ortsverein regelmäßig politische Mandatsträger (wie z.B. den Landtagsabgeordneten Andreas Stoch) ein, die für die Anliegen und Hinweise der Menschen in unserer Gemeinde immer ein offenes Ohr haben. Das gilt für kommunale Themen genauso, wie für landes- oder bundespolitische Themen.

Jeder hat also die Möglichkeit, seine Kritik, seine Ideen oder auch seine Zustimmung einzubringen. Bitte macht davon Gebrauch. Besucht unsere Veranstaltungen – und wer noch mehr gestalten möchte, kann jederzeit aktiv mitmachen (gerne auch in unserem Ortsverein).

Es ist immer der bessere und sinnvollere Weg, sich aktiv zu beteiligen, als nur passive Kritik zu üben.



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wenn Sie Fragen oder Probleme in kommunalen Angelegenheiten haben, finden Sie mit unseren Mandatsträgern kompetente Ansprechpartner:



Unsere aktuelle SPD-Gemeinderatsfraktion

Von links: Fraktionsvorsitzender Reiner Lindenmayer, Andreas Höfel, Elisabeth Lahmeyer, Hans- Martin Elsasser, Jürgen Mäck und Dominic Weiss. Nicht auf dem Bild ist Armin Schweigardt.

Wollen Sie vielleicht...

...auch einmal eine Spende fürs „andre blättle“ machen?

Noch ist es Zeit, um dafür eine Spendenbescheinigung fürs Jahr 2023 zu bekommen. Mit der erhalten Sie bei Ihrer Steuererklärung vom Finanzamt die Hälfte des Betrags wieder zurück. Für Ihre Spenden bedankt sich ganz herzlich Ihre Blättlesredaktion.

Spendenkonto: KSK Heidenheim

IBAN: DE17 632 500 300 001 138 823

Wertegeleitete und pragmatische Migrationspolitik nötig



Mit den jüngsten Entscheidungen zur Migrationspolitik hat es sich die SPD nicht leichtgemacht. Solidarität ist ein Grundanliegen der Sozialdemokratie. Unser Ziel ist zu helfen, insbesondere den Schwächeren und Schwächsten in unserer Gesellschaft. Unsere Grundhaltung zum Recht auf Asyl und zu den

Rechten Schutzsuchender ist und bleibt eindeutig. Doch können wir die wachsenden Probleme nicht mehr übersehen. Die Zahl der Menschen, die in unser Land kommen, übersteigt unsere Möglichkeiten. Die Alarmrufe aus den Landkreisen und Städten und auch die Rückmeldungen von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sind eindeutig:

Wir stoßen an unsere Grenzen. Wenn wir weiter helfen wollen, müssen wir stärker unterscheiden, wer unsere Hilfe braucht und wer nicht. Humanität braucht Ordnung, sonst zerreiben wir sie.

Die SPD-geführte Bundesregierung hat sich zusammen mit den Bundesländern auf Änderungen in der Migrationspolitik verständigt. Diese Änderungen sind uns als Sozialdemokraten nicht leichtgefallen, und es hat lange gedauert, bis wir uns als Partei dazu durchgerungen haben. Umso mehr besorgt es mich, dass dieses Thema zunehmend für populistische Stimmungsmache missbraucht wird. Diese droht, unsere Gesellschaft zu spalten. Doch genau dies gilt es, in Zeiten multipler Krisen zu verhindern.

Auf unserem Europaparteitag in Heilbronn wurde der Initiativantrag

„Wertegeleitet und pragmatisch: Ein Schulterschluss in der Asyl- und Geflüchtetenpolitik für Baden-Württemberg“

mit großer Mehrheit angenommen.

Das zeigt, dass die SPD im Land auch in schwierigen Fragen geschlossen ist. Unsere Grundprinzipien sind klar und unverrückbar:

Wir brauchen einen Pakt für eine menschliche, gut organisierte und geordnete Migrationspolitik.



Grün-Schwarz verbummelt alle Klimaziele



Es ist nicht weniger als eine schallende Ohrfeige für die Klimapolitik der Landesregierung, was die jüngste Stellungnahme des Klima-Sachverständigenrates ergab. Das Gutachten unterstreicht, was die SPD-Fraktion schon lange anmahnt: Grün-Schwarz verkündet ehrgeizige Ziele für den Klimaschutz, tut aber kaum etwas, um diese auch zu erreichen. Große Parolen und starke Lippenbekenntnisse gibt es zur Genüge, aber tatsächlich umgesetzt wird davon fast nichts.

Bei der energetischen Gebäudesanierung oder dem Tausch alter Heizungen haben wir im Südwesten zuletzt sogar einen Rückgang erleben müssen, und das, obwohl der Anteil an Öl- und Gasheizungen hier im Bundesvergleich besonders hoch ist. Fünfmal mehr müsste getan werden, damit die Landesregierung hier ihre Ziele erreichen kann. Aber diese lässt die Hände im Schoß, saniert nicht mal ihre eigenen Gebäude und stellt auch keine zusätzlichen Landesfördermittel zur Verfügung, wie andere Bundesländer, z.B. Hamburg oder Berlin, das tun.

Genehmigungen für Geothermie- oder Freiflächen-Solaranlagen dauern in Baden-Württemberg unverhältnismäßig und unnötig lang. Während inzwischen 13 Prozent der privaten Gebäude im Land über eine PV-Anlage verfügen und der Zubau stark ansteigt, haben nur drei Prozent aller landeseigenen Gebäude eine Solaranlage. Auch beim Ausbau der Windkraft geht nichts voran. Deutlich über 100 neue Anlagen pro Jahr wären nötig. In diesem Jahr wurden gerade

einmal zehn errichtet und 2022 wurden genauso viele Anlagen vom Netz genommen, wie neu aufgestellt wurden.

Aus dem Koalitionsvertrag:

*Eine **Vergabeoffensive** für die Vermarktung von Staatswald- und Landesflächen für die Windkraftnutzung: So können wir die Voraussetzungen für den Bau von bis zu **1000 neuen Windkraftanlagen** schaffen. Dazu wollen wir die Vergabeverfahren vereinfachen.*

Ebenso wenig passiert bei der Verkehrswende – dem angeblichen Herzensanliegen des grünen Verkehrsministers. Beim Ausbau des ÖPNV herrscht nicht nur Stillstand, die Nutzerzahlen sind sogar rückläufig. Kein Wunder, wenn Züge immer häufiger unpünktlich oder gar nicht fahren. Förderungen für neue Busse und Elektrobusse wurden gekürzt.

Mehr als deutlich sind auch die Zahlen des Statistischen Landesamtes. Mit nur 0,4 Prozent Rückgang der klimaschädlichen Emissionen im vorigen Jahr tritt Baden-Württemberg auf der Stelle. Energieerzeugung und Verkehr haben dabei sogar zugelegt. Obwohl Klimaschutz eines der zentralen Versprechen der Grünen ist, bleibt Baden-Württemberg mit der einzigen grün-geführten Landesregierung in Deutschland deutlich unter dem Durchschnitt. Sowohl das Gutachten des Sachverständigenrats als auch die Zahlen des Statistischen Landesamtes bestätigen die bittere Erkenntnis: **Grün-Schwarz verbummelt alle Klimaziele, sogar die eigenen.**



Kompaktinfo von der Bundestagsabgeordneten Leni Breymaier

Zum 1. Januar 2024 wird das Bürgergeld um 61 Euro steigen. Dies ist notwendig, um das Existenzminimum auch in Zeiten der Inflation zu sichern.

Teile der Opposition behaupten, dass sich Erwerbsarbeit nun nicht mehr lohnen würde. Es gebe ein Problem mit dem Lohnabstandsgebot – also dem Plus an Einkommen, das im Vergleich zum Bürgergeld-Bezug mehr bleibt.

Aktuelle Berechnungen zeigen, dass dies nicht der Fall ist. Empfänger:innen von Mindestlohn stehen finanziell besser da als Menschen, die Bürgergeld beziehen.

Einkommen mit und ohne Erwerbstätigkeit ab 2024			
	Haushaltseinkommen bei Bürgergeld (pro Monat)	Haushaltseinkommen bei Mindestlohn (netto, pro Monat)	Differenz (pro Monat)
Single	966 €	1.498 €	+ 532 €
Alleinerziehende, 1 Kind (14-17 Jahre)	1.693 €	2.328 €	+ 635 €
Familie, 3 Kinder (14-17 Jahre)	3.514 €	3.943 €	+ 429 €

Quelle: WSI, September 2023

Für uns ist klar, dass der Lohnabstand nur vergrößert werden kann, wenn die Löhne steigen – und nicht, indem Sozialleistungen gekürzt werden. Die Deckung des Existenzminimums ist für uns nicht verhandelbar.



Interessantes in aller Kürze

von Willi Häfele

4.250 Jahre lange Reise

Nehmen wir mal an, die Menschheit konnte in ferner Zukunft ein Raumschiff bauen, das eine derzeit unvorstellbar hohe Geschwindigkeit von 300 km pro Sekunde schnell wäre. Dieses bräuchte nur 2 Sekunden von Sontheim nach Berlin, und in 20 Sekunden wäre es in New York. Die 300 km/s sind jedoch nur ein Tausendstel der Lichtgeschwindigkeit, die rund 300.000 km/s beträgt. Zu unserem der Erde nächstgelegenen Sonnensystem Alpha Centauri, das 4,25 Lichtjahre entfernt ist, wäre dieses superschnelle Raumschiff (ohne Beschleunigung und Abbremsung) immerhin noch 4.250 Jahre lang unterwegs. Deshalb wäre es sicher sinnvoll, die Menschheit würde sich mehr um irdische Probleme kümmern, anstatt von zukünftigen Reisen zu fernen Sonnensystemen mit ihren Planeten zu träumen.

Neue Schätzfrage

Nach den Planeten Jupiter, Saturn, Neptun und Uranus ist unsere Erde nur der fünftgrößte Planet in unserem Sonnensystem. Dennoch hat sie eine riesige Masse von fast 6 mal 10^{21} Tonnen (Das sind 6 Trilliarden – eine 6 mit 21 Nullen). Die Sonne, um die alle Planeten kreisen, ist allerdings noch viel größer und schwerer. Nun schätzen Sie doch mal, wieviel Erdmassen unsere Sonne hat! Die Lösung erfahren Sie im nächsten Blättle.

Gleich zweimal falsch

Mit großen Zahlen haben viele Leute und wohl auch manche Redakteure so ihre Probleme. Am 20.11.2023 stand in der HZ und in der ganzen Südwestpresse, dass mit den 60 Milliarden €, die im Bundeshaushalt umstritten waren, 300.000 km Autobahnen gebaut werden könnten. Das wäre eine Strecke fast bis zum Mond oder 7,5 mal rings um die Erde! Am Tag darauf kam folgende „Berichtigung“: Das Geld reiche nur für 300.000 m, also 300 km. Wenn das richtig wäre, würde jedoch 1 km Autobahn 200 Mio. € kosten! Das war also zum zweitenmal falsch. Richtig wären 3.000 km gewesen, denn 1 km Autobahn kostet im Durchschnitt „nur“ etwa 20 Mio. €.



Berichtigung

Ein aufmerksamer Leser hat bemerkt, dass im letzten „andre blättle“ etwas nicht korrekt war. Im Artikel „Atomkraft weltweit nicht auf dem Vormarsch“ waren die Angaben zur elektrischen Leistung von Atomkraftwerken falsch. Statt MW (Megawatt) hätte es GW (Gigawatt) heißen müssen. 1 GW sind 1.000 MW oder 1 Million kW (Kilowatt). Im laufenden Jahr wurden also weltweit 3

neue AKW mit 2,56 GW in Betrieb genommen und 5 AKW mit 6,05 GW stillgelegt.



Vermögens-Milliardäre

Milliardäre sind Menschen, die ein Vermögen von mindestens 1 Milliarde Euro besitzen – das sind 1.000 Millionen. Laut der „Denkfabrik EU Tax Observatory“ zahlen diese jedoch sowohl bei uns wie auch weltweit effektiv nur 0,5 % oder gar keine Steuer auf ihr riesiges Vermögen. Die Organisation schlägt daher eine Mindeststeuer von 2 % vor, was weltweit über 200 Milliarden Euro einbringen würde. Die Milliardäre könnten das leicht verkraften, und die Allgemeinheit würde davon sehr profitieren.

